

Resolution der Gemeindevertretung Aumühle

Die Gemeindevertretung Aumühle verfolgt mit großer Sorge, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie beabsichtigt, auch für das Gemeindegebiet Aumühle und Umgebung die Erhebung von seismischen Daten „zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen“ zu erlauben. Diese Erhebung ist der erste Schritt zum sogenannten Fracking-Verfahren und beinhaltet die Gefahr eines Einsatzes von wassergefährdenden chemischen Substanzen zur Erdgasgewinnung. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Aumühle fordert daher die Landesregierung auf,

- vor einer evtl. Genehmigung zur Erdgasförderung durch das umstrittene Fracking-Verfahren eine umfangreiche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die vor allem auch eine lückenlose Information über die verwendeten Stoffe sowie möglicher Risiken beinhalten muss, sicherzustellen,
- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine entsprechende Initiative für eine Änderung des Bergrechts dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren – bei der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen beginnend, bereits vor der Aufsuchungserlaubnis die betroffenen Gemeinden und Wasserbehörden zu beteiligen sind,
- sicherzustellen, dass bei Verfahren zur Nutzung unterirdischer Bodenschätze eine Umweltverträglichkeitsprüfung generell und in vollem Umfang durchzuführen ist.

Einstimmig beschlossen von der Gemeindevertretung Aumühle am 8. November 2012